

# Die AfD -- eine moderne konservative Partei der rechten Mitte

## Über innerparteiliche Konflikte und den politischen Charakter der AfD

von Wolfgang Gedeon

### Teil I: Innerparteiliche Konflikte

In mehreren Landesverbänden der AfD kam es zu zum Teil heftigen innerparteilichen Konflikten. An drastischen Formulierungen wurde nicht gespart. Nicht wenige sind entsetzt über die Schärfe der Auseinandersetzungen und suchen mit großem Engagement nach allen möglichen „Konsenslösungen“. Ich muss gestehen, ich bin nicht entsetzt. „Widerspruch am Anfang nichtig, im Tun mächtig“ – so der große chinesische Weise Laotse. Was bedeutet das?

Widersprüche gehören essentiell zum Leben. Die Konflikte zeigen, dass die AfD lebendig ist, und es ist wichtig, diese Widersprüche sich *jetzt* manifestieren zu lassen, am Anfang der Parteientstehung. Wenn sich erst einmal falsche und negative Dinge eingefressen haben, wird es immer schwerer, Lösungen zu finden. Alternative Meinungen müssen aufeinanderprallen, um die Wahrheit herauszukristallisieren. Dabei polarisieren wir ja nicht um des Polarisierens willen, sondern um durch Polarisieren eine stabilere, eine stärkere Einheit zu gewinnen. Die werden wir notwendig brauchen, wenn wir erst einmal auf der Bühne der großen Politik angekommen und dann erbarmungslos ganz anderen Anfeindungen ausgesetzt sind als heute.

Viele betonen, wie wichtig der Respekt vor dem politischen Gegner sei. Das stimmt in der Tat, denn von niemandem können wir mehr lernen als von unserem Gegner. Müssen wir aber sofort, *in rationalem Diskurs*, einen Konsens anstreben, oder geht es nicht erst einmal um Positionierung und einen *Kampf* um die Wahrheit. Anders gefragt: Ist die Wahrheit die Summe aus mehreren Teilwahrheiten, die man wie in einem Baukasten zusammenfügt, oder ist sie das, was übrig bleibt, wenn das Falsche und Unwahre überwunden wird? Habermas oder Heraklit<sup>1</sup> – das ist die Frage, und so, wie ich sie stelle, werden Sie meine Antwort ahnen.

Gigantische, ja entsetzliche Widersprüche tun sich in der Politik auf. Es würde doch überraschen, wenn sie sich ausgerechnet im Parteileben der AfD nicht widerspiegeln. Wem dieses Klima zu rau ist, wem der Sinn zu sehr nach Harmonie und Freundlichkeit steht, sollte nicht in die Politik gehen, denn hier hat man es zunächst einmal nicht mit lieben und netten Leuten zu tun, sondern mit solchen, die polarisieren und auch verletzen. Hier kommt es nicht so sehr darauf an, den Mut zur Wahrheit zu verkünden, sondern ihn zu leben und durchzustehen.

Es gibt aber auch Leute, die *suchen* die Wahrheit nicht, weder durch diskursive Konsensbildung noch durch heftiges Austragen von Konflikten. Sie glauben, sie gefunden zu haben und nur noch verwalten und überwachen zu müssen. Dieses Vorgehen ist weltweit durch die Praxis der kommunistischen Staaten demonstriert worden, freilich kein auf den Kommunismus beschränktes Phänomen, sondern bis in die AfD hinein virulent. Ein Beispiel aus Baden-Württemberg: Herr F., ein äußerst ehrenwertes Mitglied unserer Partei, wird von einigen Parteimitgliedern bezichtigt,

---

<sup>1</sup> J. Habermas, zeitgenössischer deutscher Philosoph; Heraklit, griechischer Philosoph (gest. ca. 480 v.Chr.): „Der Krieg ist der Vater aller Dinge“

Kontakte zu einem Herren Isensee zu unterhalten. Dieser soll bei Facebook rechtsextremes Gedankengut verbreiten. Es geht also nicht um rechtsextreme Äußerungen von Herrn F., die es nicht gibt, sondern um dessen vermeintliche oder tatsächliche Kontakte zu einem Herren Isensee, der ansonsten den Mitgliedern der AfD nicht weiter bekannt ist. In diesem Zusammenhang fühlt sich das Mitglied A. aus Freiburg berufen, einen Brief an Herrn Lucke und den Bundesvorstand zu schreiben: "... Besorgnis erregend, ... dass einzelne Vorstandsmitglieder des Landesvorstands Herrn Isensee wohl als Gast durchaus beim Parteitag willkommen hießen, *wie mir gesagt wurde*, namentlich Herr F. Eintragungen auf Facebook zeigen, dass Herr F. auch sonst Kontakten zu Herrn Isensee *zumindest nicht aus dem Wege geht* ... Meines Erachtens muss *sorgfältig durch die Sammlungen von Zeugenaussagen und Indizien untersucht* werden, wie weit die Kontakte von Herrn F. zu Isensee gehen... Der Kreisvorsitzende Ludwigsburg Herr W. hat *das einschlägige Material gesammelt*..."

Viele Parteimitglieder reiben sich bei dieser Lektüre die Augen. Das klingt ganz unverblümt nach Stasi. Die Wellen schlagen hoch, der Landesvorstand versucht einen Kompromiss, der aber am Thema vorbei geht. Lang und breit wird noch einmal Herr Isensee mit rechtsextremen Äußerungen zitiert, obwohl Herr F. mit diesen Äußerungen nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Der denunziatorische Stil des Freiburger Mitglieds wird dagegen nur in einem halben Nebensatz angedeutet. Ganz selbstverständlich bleibt die Vorstellung im Raum, die Partei dürfe und müsse die Kontakte ihrer Mitglieder überwachen und kontrollieren. Demokratie ist freilich etwas anderes. Ich nehme mir explizit das Recht heraus, mit jedem Kontakt aufzunehmen, wenn ich der Ansicht bin, dass es für irgendetwas gut sein könnte. Entscheidend ist nicht, mit wem ich Kontakte habe, sondern was ich aus diesen Kontakten mache, was ich dementsprechend öffentlich äußere und tue und was dann natürlich jederzeit öffentlich kritisiert werden kann und soll. Der Landesvorstand Baden-Württemberg aber konnte in seiner Stellungnahme nicht deutlich machen, dass es in diesem Fall nicht um Rechtsextremismus, sondern um Denunziantentum ging. Dementsprechend taugt seine Entscheidung nicht als Vorbild zur Lösung von Konflikten in der AfD.

### **Auseinandersetzung mit wichtigen Diskussionsvorlagen**

Hinter vielem scheinbar kleinlichen Gezänk, das über die verschiedenen Parteiverteiler verbreitet wird, stecken oft tiefgehende politische Gegensätze, die man nicht mit formalpsychologischen Konfliktbewältigungsstrategien aus der Welt schaffen kann, sondern inhaltlich lösen muss. Kontraproduktiv freilich ist die oft gepflegte Attitüde, dem politischen Gegner Schiedsgerichts- und Parteiausschlussverfahren anzudrohen. Es ist gerade in Deutschland eine üble Sitte, politische Konflikte zu justitiabilisieren, anstatt sie politisch auszutragen. In der großen Politik werden letzte Entscheidungen dem Bundesverfassungsgericht überlassen, in der AfD sollen dann Schiedsgerichte alles lösen. Dabei überfordert und überschätzt man die Parteimitglieder maßlos, die in diesen Schiedsgerichten tätig sind. Woher sollen sie denn die spezifische Kompetenz haben zu entscheiden, ob eine bestimmte politische Meinung einen Parteiausschlussgrund darstellt oder nicht. Werden so nicht die zuständigen Parteigremien politisch entmündigt? Es gilt hier, den Primat der Politik zu verteidigen und der verbreiteten Sucht, politische Fragen schiedsgerichtlich klären zu wollen, mit Nachdruck entgegenzutreten.

### *Die Leitlinien der Alternative für Deutschland*

Den ersten systematischen Versuch, den innerparteilichen Umgang formal zu regulieren, unternahm Bernd Lucke im November 2013. Zusammen mit einigen Landesverbänden verbreitete er sog. „Leitlinien der Alternative für Deutschland“. Er fordert eine „neue politische Kultur“, in der der Ton hart, aber respektvoll zu sein habe. Man solle sich nicht im Ton vergreifen (?). Diskussionen hätten sachlich, Entscheidungen ideologiefrei zu sein. Vor Ironie wird ausdrücklich gewarnt (??), des weiteren darauf hingewiesen, dass Menschen „selbstverständlich Fehler machen“ (!) -- Was soll das? Sind wir hier im Konfirmandenunterricht? Was hat das mit einer „neuen politischen Kultur“ zu tun, die in der Präambel gefordert wird?

Dieser Veräußerlichung und Formalisierung von Ethik muss man entgegenhalten: Grobschlächtig vorgetragene Wahrheit ist besser als höflich vorgetragener Unsinn. Kultivieren wir also nicht unsere Empfindlichkeiten, sondern freuen wir uns über die Lebendigkeit der Wahrheitssuche, auch wenn es dann einmal heftiger zugeht!

Mehr als die diversen Benimmregeln stößt mir freilich das auf, was ich in den *Leitlinien* im Abschnitt *Diskriminierungsverbot* lese: Die AfD lehne „Diskriminierung“ in jeder Form ab, insbesondere wegen Rasse, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht etc. pp., und dulde keinen Extremismus, insbesondere keine „ausländerfeindlichen, rassistischen, antisemitischen, islamfeindlichen, rechtsextremen und linksextremen Gesinnungen“.

Warum ist es politisch falsch, so etwas so zu formulieren? Weil man offensichtlich nicht mitbekommen hat, dass der Begriff *Diskriminierung* heute nicht mehr das ist, was er vor 20 oder 30 Jahren war. Damals hätte man diese Nichtdiskriminierungsbeteuerungen als unnötige Selbstverständlichkeiten durchgehen lassen können. Inzwischen ist dieser Begriff aber von den Rot-grünen politisch völlig einseitig und demagogisch aufgeladen worden. Man kann sagen, dass es heute *in der Regel* bei der Anwendung dieses Begriffs nicht um tatsächliche Diskriminierung irgendwelcher Minderheiten, sondern um Einschüchterung und Meinungsdiktat gegenüber der Mehrheitsbevölkerung geht. Der Begriff *Diskriminierung* ist zu einem rot-grünen Kampfbegriff für einen aggressiven Minderheitenlobbyismus geworden. Wer glaubt, ihn weiterhin naiv im ursprünglich politisch neutralen Sinn verwenden zu können, macht einen Kotau vor dem rot-grünen Zeitgeist. Er hat nicht begriffen, dass Definitions- und Interpretationshoheit im Hinblick auf die politischen Begriffe entscheiden, wer als Sieger aus der politischen Arena herauskommt. Heute sind es die politischen Parteien im Berliner Parlament, zusammen mit Medien und akademischen Politologen, die den rot-grünen Zeitgeist prägen und dafür die passenden Begriffe konstruieren: „Homophobie“, „Kulturrassismus“, „Rechtspopulismus“ und eben vor allem „Diskriminierung“. Sie bestimmen damit den öffentlichen Diskurs, um nicht zu sagen, sie „diktieren“ ihn. Wer deshalb diese Begriffe nicht grundsätzlich relativiert, gerät argumentativ in die Rechtfertigungsdefensive und begibt sich der Chance, die geistige Auseinandersetzung mit den Rot-grünen zu gewinnen. Statt diese Begriffe also unkritisch zu übernehmen und sich so der rot-grünen Diktion zu unterwerfen, sollte in *Leitlinien* der AfD dazu aufgerufen werden, die ideologische Einseitigkeit und den oft pseudowissenschaftlichen Charakter der diversen politologischen Begriffskonstrukte bloß zu legen und so neugestaltend auf den Zeitgeist einzuwirken.

Vor Erscheinen der „Leitlinien“ hat Lucke einen Konsensversuch in Hinblick auf die politische Bedeutung des Islam unternommen. Über seine Thesen wurde mit ja / nein

elektronisch abgestimmt. Inhaltliche Diskussionen und Differenzierungen waren im Rahmen dieses Prozesses nicht möglich und fanden auch nicht statt. Ich will auf diese Islam-Thesen zu einem späteren Zeitpunkt eingehen, hier aber schon anmerken, dass einige wichtige Punkte und Begriffe fehlen, z. B. „*politischer Islamismus*“, „*Leitkultur*“ und auch das vor allem von Sarrazin angesprochene Problem des Islam als *Integrationserschwerern* in europäischen Gesellschaften.

#### *Das Konsensus-Papier von A. Zimmer*

Die beiden Konsenspapiere Luckes haben meines Erachtens bislang keine diskussionsbeschwichtigende Rolle spielen können. In einigen Landesverbänden, zum Beispiel Hessen und inzwischen auch Baden-Württemberg, wurden die Auseinandersetzungen eher heftiger, so dass jetzt Andreas Zimmer einen neuen Konsensversuch unternommen hat, sich dabei explizit auf die Vorgänger-Papiere von Lucke berufend. Zimmer will, dass die „Leitlinien“ für jedes Mitglied verbindlich sein sollen, was hieße, dass wir demnächst alle, wie früher im Öffentlichen Dienst, eine Extremismus-Erklärung unterzeichnen müssten. Den Begriff „Diskriminierung“ verwendet er so unkritisch wie Lucke und formuliert genau so radikal, man müsse „jede Form“ der Diskriminierung ablehnen. Angesichts der Tatsache, dass bis ca. 1990 die Pädophilen Hand in Hand mit den Schwulen für die gemeinsame Entkriminalisierung und Legalisierung gestritten haben und inzwischen auch Nekrophilie, Inzest, Sodomie und Ähnliches schon ein Thema in diversen „Emanzipationsrunden“ ist, sollten wir doch deutlich machen, dass der Begriff *Nichtdiskriminierung* kein universales Menschenrecht darstellt und auch die AfD nach wie vor verschiedene Dinge und Verhaltensweisen weiterhin zu diskriminieren gedenkt!

Zimmer gesteht zu, dass die Gender-Ideologen an einigen Stellen übertreiben würden, wobei ich mich frage, ob hier „Übertreibung“ wirklich der passende Begriff ist. Früher galt Homosexualität als pathologisch und deren Ablehnung, für die sich die Rotgrünen den Kampfbegriff „Homophobie“ ausgedacht haben, als normal. Heute soll es nun umgekehrt sein: Homosexualität sei normal, besagte „Homophobie“ pathologisch. Das ist keine „Übertreibung“, sondern eine schlichte Umkehr der Dinge, eine „Umwertung der Werte“ im Nietzscheanischen Sinne. Die AfD kann sich nicht vor der Entscheidung drücken, ob sie diese Umwertung mitmacht oder nicht. Beschränken wir uns also auf eine Tolerierung der Homosexualität oder erklären wir sie als sexuelles Normverhalten? Im ersten Fall betreiben wir konservative Politik, im letzteren huldigen wir dem rot-grünen Zeitgeist. Wie soll hier ein Konsens aussehen? Es kann doch nur um die Frage gehen: Setzt sich die eigene Position oder die andere durch, und die Befürworter der unterlegenen Position können sich dann überlegen, ob sie die Frage für so essentiell halten, dass sie die Partei deswegen verlassen oder ob ihnen die Gemeinsamkeit in anderen Positionen ein ausreichend einigendes Band darstellt.

Besonders spricht sich Zimmer gegen jede Form des religiösen Fundamentalismus aus, wobei man ihm beipflichten kann, wenn man diese Position wesentlich ergänzt: Wenn ich von religiösem Fundamentalismus spreche, muss ich diesbezüglich *jede* Form von Religion einbeziehen, nicht zuletzt die zur Zivilreligion aufgeladene Ideologie von Demokratie und Menschenrechten in amerikanisch-westlicher Interpretation. Ist doch keine Religion auf der Welt insofern inquisitorischer, als sie alle, die sich diesem westlichen Glaubensbekenntnis nicht unterwerfen, mit Bomben,

Drohnen und anderen „humanitären Interventionen“ zu bekehren versucht. Ein sinnvoller Konsens zwischen Zimmer und mir kommt also erst zustande, wenn das übliche vordergründige Verständnis von dem, was „religiöser Fundamentalismus“ ist, inhaltlich entscheidend erweitert wird, was generell gilt: Ein primär formal erzielter Konsens, d.h. einer, der auf inhaltlich nicht ausdiskutierten Begriffen („Diskriminierung“, „Fundamentalismus“ etc.) basiert, taugt nichts und kann sogar schaden, wenn er beansprucht, notwendige tiefergehende inhaltliche Diskussionen vorzeitig beenden zu wollen. Deshalb mein Credo: Eine tragfähige innerparteiliche Einheit bekommen wir nicht durch vordergründig-formale Konsensappelle und -modelle, sondern nur dadurch, dass wir unsere Probleme inhaltlich zuspitzen und ausdiskutieren. Hart ausgedrückt: Es geht erst einmal nicht darum, Konsens zu konstruieren, sondern Dissens zu kultivieren!

Wie andere, verwendet auch Zimmer das „Flügel-Modell“ der Partei. Er ist besorgt, die Flügel könnten gegeneinander schlagen. Mit seinem Konsenspapier will er den Flügelschlag harmonisieren und die AfD zum Fliegen kriegen. Ich halte dieses Modell für nicht sehr toll, denn ich habe noch nie einen Vogel mit zwei verschiedenen Flügeln fliegen sehen. Und was soll in der Partei dem *Vogelkörper* entsprechen, an dem die beiden Flügel hängen? Ich bevorzuge deshalb das Bild von verschiedenen Strömungen, die zu einem gemeinsamen Strom zusammenfließen sollten, wobei sich die Frage auftut: Sind es in unserer Partei zwei gleich starke Strömungen, die einen neuen Strom hervorbringen, oder geht ein kleinerer Strom in einem größeren auf, wie zum Beispiel in der Frühzeit der Bundesrepublik die wirtschaftsliberale (Erhard-) Strömung in der christlich-konservativen (Adenauer-)Strömung aufging? Meine Vorstellung ist, dass auch bei uns die sog. Wirtschaftsliberalen, wenn auch nicht alle, im großen Strom der neuen konservativen Volkspartei AfD aufgehen werden.

#### *Das AfD-Manifest von Marc Jongen*

Einen originellen, weil *inhaltlichen* Ausrichtungsversuch, der nicht auf Benimmregeln und Konsensus-Mathematik beruht, hat M. Jongen im Januar 2014 vorgelegt. Sein „AfD-Manifest“ wurde in der Zeitschrift *Cicero* veröffentlicht und hat dort eine sehr positive Resonanz gefunden. In der AfD selbst ist es meiner Erkenntnis nach bislang relativ wenig diskutiert worden. Jongen geht vom Marxschen Dualismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat aus. Dieser sei heute aufgelöst dadurch, dass einerseits das Proletariat verbürgerlicht und die bürgerliche Mittelschicht spätestens seit der Bankenkrise von einer Proletarisierung bedroht sei. Angesichts „struktureller“ Korruption der Politik, die Bankschulden in öffentliche Schulden umwandle, sei die bürgerliche Mitte die eigentlich revolutionäre Klasse dieser Gesellschaft geworden. Die Politik sei restaurativ (*zurück* zu Maastricht, *zurück* zum Grundgesetz, gegebenenfalls *zurück* zu Nationalwährungen), partiell sogar „reaktionär“. Nur durch solch konservative Politik könne auch bürgerliche Liberalität wieder zurückgewonnen werden, weshalb Jongen glaubt, auch den Widerspruch zwischen einem konservativen und einem liberalen Parteiflügel in der AfD als Scheinwiderspruch und Propaganda des politischen Gegners auflösen zu können. Denn genuin liberal zu sein, hieße heute konservativ, zuweilen sogar reaktionär zu sein.

Eine Schlüsselrolle bei der kulturellen Restauration würden „Landessprache und Familie“ spielen. Das Thema *Nation* reduziert Jongen so auf die Sprache und das Thema *Religion* lässt er ganz weg -- ein sehr reduziertes konservatives Grundprogramm! Ich frage mich auch, ob das Marxsche Konzept überhaupt etwas

zur Situationsanalyse der AfD beitragen kann. In dessen Sinn wäre jetzt die bürgerliche Klasse die „revolutionäre“ Klasse, die die Politik entscheidend zu verändern und demnach die Politik der AfD zu tragen hätte. Sind es aber nicht, unabhängig von einer Marxschen Klassenanalyse, die zahlreichen jungen Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung, die sich angesichts der Zukunftslosigkeit, die ihnen das politische Euro-System offeriert, zu einem politischen Paradigmenwechsel gezwungen fühlen; die nach politischen Alternativen Ausschau halten, um überhaupt eine Zukunft zu haben. Sind die Widersprüche zwischen den verschiedenen Flügeln resp. Strömungen wirklich nur Scheinwidersprüche, die heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen also nur viel Lärm um nichts, das Ausleben psychischer Animositäten? Schließlich: Kann man eine moderne konservative Politik wirklich als „restaurativ“ oder gar „reaktionär“ bezeichnen? Ist es nicht ein gewaltiger Unterschied – im Sinne Lichtenbergscher Dialektik<sup>2</sup> – *noch* konservativ oder *wieder* konservativ zu sein? Jongen wirft mit seinem Essay mehr Fragen auf als er Antworten gibt. Was also ist die AfD politisch, wo steht sie im Parteienspektrum?

## Teil II: Wo steht die AfD im politischen Parteienspektrum?

Medien und Parteikonkurrenten ordnen die AfD üblicherweise zwischen C-Parteien und sog. Rechtspopulisten ein, also etwa da im Parteienspektrum, wo früher die Strauß-CSU stand. Nach Strauß haben sich freilich die C-Parteien stetig nach links bewegt, wodurch zahlreiche konservative Mitglieder immer größere Probleme bekamen, sich noch mit ihnen zu identifizieren. Denken wir an die Abschaffung der Wehrpflicht. Sie hat der Bundeswehr schwer geschadet und sie personell und organisatorisch erheblich ausgezehrt. Oder an das von den Linksparteien erzwungene Bekenntnis zum „Einwanderungsland“ Deutschland. Das Prinzip einer deutsch-europäischen Leitkultur wurde einem universalen Multikulturalismus geopfert. Schließlich die milliarden schweren Bürgschaften für EU-Schuldnerstaaten. Selbst wenn sie nur teilweise fällig würden, wäre es mit der wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands vorbei. Wie kann man so selbstzerstörerisch, so antinational gegen deutsche Interessen agieren? -- Es wurde höchste Zeit, eine neue konservative Partei zu gründen!

Nun ist die Frage: Ist Angela Merkel, in DDR und FDJ sozialisiert und kulturalisiert, die Hauptverantwortliche für diese Entwicklung, oder begann der Verrat am nationalkonservativen Kern der CDU schon mit Helmut Kohl, seinen Vorstellungen von politischer Union im Maastricht-Vertrag, der Euro-Einführung, der Zementierung der US-NATO-Bindung Deutschlands bei der Wiedervereinigung? Merkel oder schon Kohl, zurück zu Maastricht oder zur Zeit vor Maastricht? Die Antwort auf diese Frage liefert erste Hinweise auf sog. „Flügelbildungen“ in der AfD.

Viele AfD-Mitglieder hören es nicht gerne, wenn die AfD rechts im Parteienspektrum eingeordnet wird. Man hält dagegen, die AfD könne überhaupt nicht ins bestehende Parteienspektrum eingeordnet werden, weil sie eine Partei des „gesunden Menschenverstandes“ sei. Dieses Argument ist freilich sehr hausbacken. Denn welche Partei würde den denn nicht für sich beanspruchen wollen -- in diesem Zusammenhang letztlich ein nichtssagender Begriff, nicht spezifisch definierbar und so für Diskussionen am Bierstisch geeignet, aber nicht für die politische Charakterisierung einer Partei!

---

<sup>2</sup> G. Chr. Lichtenberg, deutscher Physiker und Aphorismen-Philosoph (gest. 1799): „Es ist ein großer Unterschied, noch zu glauben oder wieder zu glauben“.

Nicht besser ist der Anspruch, die AfD würde „ideologiefrei“ und „sachbezogen“ entscheiden. Sachbezogene Entscheidungen sind im Einzelfall möglich, vielleicht in der Kommunalpolitik, wenn es um Kanalisation oder Umgehungsstraßen geht. In der großen Politik betrügt man sich mit solchen Formulierungen selbst. Wie soll denn zum Beispiel entschieden werden, ob wir mehr oder weniger Migration benötigen? Wenn wir Deutschland als multikulturelles Siedlungsgebiet ohne besondere nationale oder kulturelle Identität betrachten, brauchen wir natürlich noch mehr Migration. Wenn wir aber an einem deutsch-europäischen Charakter unserer Gesellschaft festhalten wollen, sollten wir uns deutlich weniger Migration leisten. Es ist eine Frage der ideologischen Grundeinstellung, die die Antwort vorgibt. „Sachbezogenheit“ kann sich dann allenfalls darauf beziehen, ob eine politische Forderung zur eigenen ideologischen Vorgabe passt oder nicht. Vielfach ist denen, die „Ideologiefreiheit“ propagieren, nur nicht bewusst, welche Ideologie ihrer eigenen Argumentation zugrunde liegt; typisches Beispiel: wirtschaftsliberale Nationalökonomien, die ihren staatsinterventionistischen Kontrahenten „Ideologie“ vorwerfen, ohne zu realisieren, dass ihr eigener Wirtschaftsliberalismus ja auch schon eine Ideologie darstellt.

Sicherlich ändern sich die Inhalte von Links und Rechts im Parteienspektrum. Eine Politik aber, die vorgibt, völlig außerhalb des Parteienspektrums zu stehen, ist wie Fußball ohne Tore. Die Leute sagen dann: Euer Fußball auf der freien Wiese ist ganz nett, aber zuschauen tun wir doch lieber dort, wo auf Tore gespielt wird. Letztlich wurzelt das Unbehagen der AfD, sich rechts im Politspektrum einordnen zu lassen, in der Angst vor dem politischen Begriff „rechts“. „Mitte“, das kann man noch akzeptieren, aber „rechte Mitte“ schon nicht mehr. Letztlich zeugt diese Angst, irgendwie mit dem Begriff „rechts“ in Verbindung gebracht zu werden, davon, dass viele AfDler noch dem rot-grünen Zeitgeist-Denken und dessen Kernidee vom „Kampf gegen Rechts“ verhaftet sind. Bedeutet dieser doch, dass „rechts“ generell schlecht und „links“ generell gut ist; also auch „rechtsdemokratisch“ demnach schlecht, auch „linksextrem“ demnach gut – eine nicht nur schwachsinnige, sondern extremistische, nämlich linksextremistische Position! Die Akzeptanz einer Einordnung der AfD in die rechte Mitte des Parteienspektrums setzt deshalb zunächst eine politische Relativierung der linken Parole „Kampf gegen Rechts“ und, damit verbunden, eine Rehabilitierung des politischen Begriffs „rechts“ voraus. Das permanente Getöse vom „Kampf gegen Rechts“ – statt der richtigen Parole „Kampf gegen Rechts- und Linksextremismus“ – stellt eine Ablenkung der Linksextremen von Ihrem eigenen Extremismus dar und läuft auf eine Bagatellisierung des Linksextremismus hinaus.

Wenn wir uns in diesem Sinn vom Zeitgeist emanzipieren und damit auch zur Diskreditierung der Parole "Kampf gegen Rechts" beitragen, könnten wir auch mit dem Herumlavieren aufhören, wir seien nicht links und nicht rechts, und stattdessen selbstverständlich feststellen, dass wir den von den C-Parteien freigeräumten Platz im Parteienspektrum füllen und eine moderne konservative Partei der rechten Mitte sind.

### *Das konservative Erbe der Adenauer-Zeit*

Historisch knüpfen wir damit an das Vorbild der Adenauer-Erhard-CDU an, deren politisches Fundament auf folgenden Säulen ruhte:

- einem christlichen Weltbild, das sich an der Tradition des christlichen Abendlands orientierte und sich entschieden vom Materialismus der kommunistischen Ideologie absetzte;
- dem Bekenntnis zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, damit eine radikale Absage an die kommunistische "Diktatur des Proletariats";
- dem Bekenntnis zu einer „Sozialen Marktwirtschaft“, die sich dezidiert von steriler und ineffizienter sozialistischer Planwirtschaft abhob.

Dieser christlich-antikommunistischen Grundeinstellung in der Innenpolitik entsprach außenpolitisch eine feste Anbindung an USA und NATO, die die notwendige Sicherheit gegen aggressive Bestrebungen der Sowjetunion und ihres Machtblocks gewährleistete. Auf dieser Grundlage gelang nicht nur ein beispielloser materieller Aufstieg ("Wirtschaftswunder"), sondern auch eine tiefgreifende geistige Regeneration mit der Bildung eines hoch entwickelten demokratischen Rechtsstaats und einer breit angelegten, hochwertigen Kulturlandschaft.

Wenn wir an die konservative Tradition der Adenauer-Erhard-Regierung anknüpfen, heißt das nicht, deren erfolgreiche Prinzipien von damals einfach übernehmen zu können. Eine solche Politik wäre in der Tat restaurativ, wenn nicht reaktionär. Denn ein *moderner* Konservatismus bewahrt nicht nur das Gute der Tradition, sondern lässt sich auch vom Guten im Neuen inspirieren, was hier konkret bedeutet: Die linke Gegenbewegung zur Adenauer-Zeit, die sog. 68er-Bewegung, wird nicht in toto verworfen, sondern der damit verbundene gesellschaftliche Fortschritt bewusst anerkannt; angefangen bei der „neuen Ostpolitik“ über den Ausbau des Sozialstaats und eine allgemeine Verbesserung der frauenrechtlichen Situation bis hin zur Liberalisierung des Abtreibungsrechts und des Paragraphen 175 (Homosexualität). All dies stand nach der harten Aufbauzeit der Nachkriegsjahre an und stellte einen nicht wegdiskutierbaren gesellschaftlichen Fortschritt dar, der bis Anfang der 1990er Jahre weitgehend erreicht war. Was danach kam, war durchwegs nicht mehr Emanzipation, sondern emanzipatorischer Exzess, im wesentlichen von der Partei der Grünen ausgehend, die als Institutionalisierung dieses Emanzipationsexzesses gesehen und von Anfang an als gesellschaftlich destruktiv eingeschätzt werden muss. Den Grünen ist es gelungen, mit ihrer Politik nachhaltig den Zeitgeist zu bestimmen. Diesem destruktiven rot-grünen Zeitgeist, der inzwischen alle Parteien des Berliner Parlaments erfasst hat, entgegenzuwirken und einen neuen, zukunftssträchtigen Zeitgeist mitzugestalten, ist heute die vorrangige politische Aufgabe der AfD -- in der Tat keine konservative, sondern eine regelrecht revolutionäre Aufgabe! Einen Paradigmenwechsel der Politik, ja gar des „Zeitgeists“ zu bewirken, und das mit einem konservativen Programm!? Wie passt das zusammen? Ich werde darauf zurückkommen. Zunächst aber möchte ich untersuchen, inwieweit heutige Politik an die konservativen Prinzipien der Adenauer-Zeit anknüpfen kann und dabei fragen, was christliche Politik, was „antikommunistische Politik“, was „soziale Marktwirtschaft“ und was „Kalter Krieg“ heute bedeuten.



## Über christliche bzw. *prochristliche* Politik heute

Religiös haben wir im Vergleich zur Adenauer-Zeit eine invertierte Situation. Das Christentum ist in der Defensive, zunehmend wird es aus dem öffentlichen Raum gedrängt. Laizismus und Islam sind im Vormarsch, Kruzifixe werden entfernt, christlicher Religionsunterricht durch islamischen oder durch Ethikunterricht im laizistischen Sinn ersetzt. Christliche Kirchen erscheinen nur noch als eine Art „Edelgewerkschaften“, die sich für soziale Gerechtigkeit und Zuwanderung bis hin zum „Kirchenasyl“ stark machen sollen.

Hervorgehoben werden muss, dass sich der Islam in Europa nicht auf der Basis von Religionsfreiheit, durch Konversion europäischer Bürger zum Islam, sondern fast ausschließlich durch Massenzuwanderung ausgebreitet hat. Schon von daher gehört er nicht zu Deutschland, denn er kommt nicht aus Deutschland, sondern aus dem Nahen Osten oder von sonstwo her. Das religiöse Gleichgewicht hier wurde nicht von innen, sondern *von außen* wesentlich verändert. Dabei findet die Zuwanderungsislamisierung teils spontan statt, teils aber auch systematisch und koordiniert, wobei türkische Organisationen wie die DITIB eine wichtige Rolle spielen: In den über 800 in Deutschland vorhandenen DITIB-Moscheen prangt nicht zufällig an der Vorderfront die türkische Nationalfahne, und Ministerpräsident Erdogan und sein Außenminister Davitoglu haben ausdrücklich erklärt, sie wollten Europa „türkisieren“ und das europäische Christentum „islamischer“ machen.

Christliche Politik kann nun nicht bedeuten, religiöse Dogmen zu verkünden und andere über Politik zu missionieren oder gar zwangszubekehren. Individuelle Glaubensfreiheit muss als höchster Wert europäischer Aufklärung gesehen und hochgehalten werden. Deshalb kann man die Durchsetzung politischer Positionen auch nicht bloß damit begründen, dass es sich um christliche Positionen handle. Das Christentum, wie andere Religionen auch, kann in der Politik nur ein indirekt wirkendes Prinzip sein, weshalb wir besser nicht von „christlicher“, sondern von „*prochristlicher*“ Politik sprechen sollten. Es geht darum, christlichen Kirchen, Gruppen und Einzelpersonen zu ermöglichen, den öffentlichen Raum, nicht zuletzt die Schulen, tatkräftig, gemäß demokratischen Regeln, mitgestalten zu können. Plebiszite können dabei eine Rolle spielen, die nicht zuletzt auch der Tradition eines Landes bzw. einer Region stärkeres Gewicht zukommen ließen. Man sollte ein kollektives Menschenrecht auf Tradition bewusst dem Laizismus individualistisch definierter, amerikanisch interpretierter Menschenrechte entgegenstellen. Eine solche Religionspolitik ist demokratisch -- im Gegensatz zu laizistischer (USA, Frankreich und andere westliche Staaten) und natürlich auch zu theokratischer Religionspolitik (Iran, Saudi-Arabien und andere islamische Staaten). Sie steht in der Mitte zwischen einer Theokratie, d.h. der Diktatur einer bestimmten Religion, und dem Laizismus, d.h. dem Diktat der Gottlosigkeit.

Angesichts gewachsener religiöser Heterogenität können wir heute also nicht mehr die christliche Politik Adenauers übernehmen. Damals war das Christentum das selbstverständlich anerkannte Fundament der Gesellschaft. Konkret ging es allenfalls um katholisch-protestantischen Proporz, auch um Kirchenlobbyismus und Ähnliches. Ansonsten wurden viele Kirchen neu gebaut und keine geschlossen. Heute geht es dagegen um die Herausforderung des von seinen Ursprüngen her christlichen Europas durch Laizismus und Islam, weshalb auch *Politiker* wesentliche theologische

Unterschiede zwischen Christentum, Laizismus und Islam und deren religionssoziologische Auswirkungen kennen sollten.

### Religionssoziologischer Exkurs

Der entscheidende Unterschied zwischen Islam und Christentum liegt darin, dass der Islam eine Menschwerdung Gottes nicht kennt und eine solche rigoros ablehnt, während diese im Zentrum der christlichen Religion steht. „Menschwerdung Gottes“ bedeutet gleichzeitig Göttlichwerdung des Menschen -- die geistig-religiöse Grundlage für einen neuen, spezifisch europäischen Humanismus. In diesem geht es nicht um Generosität, Edelmut und Weitherzigkeit wie im alten chinesischen (Konfuzius) oder im republikanisch-römischen Humanismus (Stoa, Cicero). Im aus dem Christentum hervorgegangenen *europäischen* Humanismus geht es darum, dass der Mensch von seinem Wesen her mehr als der Mensch ist, dass er von seinem Wesen her die Möglichkeit hat, sich selbst zu transzendieren und sozusagen in die Ewigkeit hineinzuragen – ein Wesen, das schon im irdischen Leben mit einem Bein im göttlichen Leben steht oder zumindest stehen kann. Der Tod bedeutet in diesem Sinn, dass man dann sozusagen auch das zweite Bein hinübersetzt und vollständig in der göttlichen Existenz aufgeht (= „Reich Gottes“). Das ist jetzt natürlich nicht Politik, sondern Religion. Das ist ein Glaube. Aber dieser Glaube hat Europa beseelt und die Geschichte der europäischen Neuzeit und damit die der gesamten Menschheit entscheidend geprägt. Der christliche Humanismus, dieser Glaube an die potentielle Göttlichkeit des Menschen, beseelte die Zeit und war die geistige Grundlage für unglaubliche Entdeckungen und fulminante Entwicklungen von Wissenschaft und Technik. In der politischen Transformation bedeutete er zunehmende Partizipation und Mitverantwortung des Einzelnen am politischen Ganzen. Erst die Loslösung dieses Humanismus von seinem christlichen Mutterboden, d.h. die totale Säkularisierung des Humanismus -- man sollte jetzt besser nur noch vom (westlichen) „Humanizismus“ (= die Ideologisierung der Menschenrechte) sprechen -- führt auch im Säkularen zum Verfall: zu Totalitarismus, zu Technokratie, zu Hiroshima, zu Fukushima usw. Das Menschenbild, das im totalen Säkularismus resp. Humanizismus das humanistische ablöst, ist kein Menschenbild mehr, sondern ein Affenbild, kreierte in der Ideologie des Darwinismus.

#### *Der Darwinismus als Ideologie*

Schon intellektuell gesehen ist der Darwinismus ein Betrugsgebilde. Er argumentiert etwa folgendermaßen:

1. Es gibt nichts selbstständig Geistiges. Das Geistige, sofern man überhaupt davon sprechen kann, sei allenfalls eine Funktion materieller, nämlich biologischer Strukturen. Es gebe also keine Transzendenz, nichts Göttliches, keinen Gott!
2. Von daher seien nur Physik, Chemie und Biologie kompetent, Aussagen über die Natur des Menschen zu machen. Alles andere sei bloße Spekulation.
3. Für die Natur des Menschen sei die Biologie zuständig, die aufgrund entwicklungsgeschichtlicher und genetischer Forschungen zu der Feststellung kommt: Beim Menschen handelt es sich um eine Affenart.

Warum ist das Betrug? Weil es vorgibt, wissenschaftlich zu sein, aber nicht wissenschaftlich ist. Denn wissenschaftlich an den drei Feststellungen ist, für sich genommen, allenfalls die dritte. Der erste Satz (und in seiner Folge auch der zweite)

von der Nichtexistenz des Geistes und des Göttlichen ist ein Axiom, ein Postulat, aber nichts, was *wissenschaftlich* bewiesen oder beweisbar wäre. Wenn aber eine wissenschaftliche Erkenntnis auf einer unwissenschaftlichen bzw. vorwissenschaftlichen Feststellung basiert, ist auch ihr Ergebnis nicht wissenschaftlich, das heißt, auch die dritte, den Darwinismus begründende Feststellung ist nur eine Hypothese, letztlich ein Glaube.

In diesem Sinn ist der Glaube an die Affennatur des Menschen genauso ein Glaube wie der Glaube an ein Göttliches im Menschen, und Wissenschaft kann weder das eine noch das andere belegen. Sie ist hier von ihrem methodischen Ansatz her, von ihrer erkenntnistheoretischen Grundstruktur, einfach nicht kompetent. Somit steht Glaube gegen Glaube, wobei der christliche Humanismus dem Darwinismus als wüstes Spekulationsgebilde, der Darwinismus aber dem Humanismus als intellektuelle und moralische Zumutung erscheint. Denn entweder könnte man, wenn der Mensch ein Affe ist, Menschen in gleicher Weise wie Affen in den Zoo sperren, oder aber es wäre ein schwerer Verstoß gegen Menschenrechte, Affen in den Zoo zu sperren. Kurzum: Der Darwinismus macht die Menschenrechtsfrage zur Farce und ist deshalb auch eine moralische Zumutung.

### *Der Laizismus*

Über den Laizismus wird die darwinistische Ideologie als Konkurrent gegen das Christentum in die politische Arena transportiert, siehe vor allem in den USA. Auch der Laizismus ist ein Betrugsprojekt. Er tritt unter dem Deckmantel religiöser Neutralität auf. Es gibt so viele Religionen, sagt er. Keiner weiß, welche die richtige sei. Deswegen lassen wir in der Politik alle Religionen außen vor. Dann haben wir keine Probleme mehr. Warum ist auch das ein Betrug?

1. Weil viele große politische Probleme untrennbar mit Religion verbunden sind, Beispiel Abtreibung, Beispiel Embryonenforschung und Verwendung von menschlichen Embryonen zur Medikamentenherstellung, Beispiel Moscheebauten in Europa usw. Wenn ich religiös davon ausgehe, dass der Mensch nur ein Tier ist, sehe ich Embryonenforschung und Abtreibung mit anderen Augen, als wenn ich z. B. ein (christlicher) Humanist bin. Man kann Religion nicht aus der Politik heraushalten, weil sie wesenhaft mit Politik verwirren ist. „Das eigentliche, einzige und tiefste Thema der Welt- und Menschengeschichte, dem alle übrigen untergeordnet sind, bleibt der Conflict des Unglaubens mit dem Glauben“ -- so z. B. J. W. von Goethe!

2. Der Laizismus versucht, jedes religiöse Symbol aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. In Frankreich dürfen Kinder in der Schule nicht einmal eine Halskette mit einem sichtbaren Kreuz tragen. In diesem Sinn ist der Laizismus als dezidiert antireligiöse Einstellung selbst eine Religion, eine Religion ohne Gott, und das Abhängen von Kreuzen genauso ein (säkular-)religiöses Ritual wie das Aufhängen selbiger. Nicht nur in Frankreich, auch bei uns herrscht de iure ein solcher Laizismus. Es entspricht zum Beispiel bestehender Gesetzeslage, untermauert von einem BVG-Urteil von 1995: Wenn in einer Schulklasse von 30 Kindern 29 das Kruzifix im Klassenzimmer hängen haben wollen, einer aber nicht, muss selbiges entfernt werden. Das ist Laizismus: das Diktat der Religionslosigkeit, verkauft als exzessiv individualistisch interpretiertes „Menschenrecht“. Darüber hinaus setzt sich eine derartige Menschenrechtsinterpretation über jegliche Tradition von Regionen und dort lebender Bevölkerungen hinweg.

### *Politische Konsequenzen für die AfD*

Moderne konservative Politik bedeutet, christlichen Religionen im öffentlichen Raum möglichst viel Präsenz zu ermöglichen, gegebenenfalls zu erstreiten; vor allem in der Auseinandersetzung mit einem zunehmend aggressiver werdenden Laizismus, aber auch mit anderen, nicht tradierten, sondern im wesentlichen durch Zuwanderung eingeführten Religionen. Denn gerade auch bei der Zuwanderung muss der christliche Ursprung unserer Kultur berücksichtigt und, wenn möglich, christliche Zuwanderung gegenüber solcher aus anderen Kulturkreisen bevorzugt werden. Sicherlich wird das Geschrei, vor allem aus UNO und EU, kolossal sein. Es geht hier aber nicht um irgendeine Einschränkung von Religionsfreiheit, sondern um kulturelle Kompatibilität und um sozialen und kulturellen Frieden in der Gesellschaft (Islam als Integrationserschweris, islamische Parallelgesellschaften etc.). Schließlich geht es natürlich auch um das Festhalten an christlich geprägter Kultur (St. Martin abschaffen, um Moslems nicht zu diskriminieren??), an christlichen Feiertagen (Zuckerfest statt Pfingsten???), um den Erhalt von Kirchen und Kathedralen usw.

Es gibt genügend Stimmen aus Vergangenheit und Gegenwart, von Sokrates (wegen Religionsverletzung verurteilt) über Goethe (siehe oben) bis hin zu S. Huntington („Kampf der Kulturen“), die von einer Untrennbarkeit von Politik und Religion ausgehen. Der westliche Zeitgeist aber ist stramm laizistisch, auch in Deutschland. Darüber hinaus wurde und wird weiterhin das religiöse Gleichgewicht systematisch durch politischen Einfluß (Zuwanderung) zu Ungunsten der Christen verschoben. Angesichts dessen brauchen wir heute mehr denn je eine Politik, die das laizistische Trennungspostulat zu relativieren und mehr christliche Religion in der Politik zu wagen bereit ist.

Schließlich sollte man im Sinne Huntingtons auch irgendwie anerkennen, dass es nicht nur Friede und Harmonie zwischen den Kulturen und Religionen gibt, sondern immer wieder auch herbe Gegensätze und Auseinandersetzungen, für die man geistig und politisch gerüstet sein sollte. Wenn die Laizisten weiterhin aggressiv und streitbar agieren, wenn auch die Moslems weiterhin offensiv ihren Islam in die Gesellschaft hineinbringen, die Christen sich aber bei all dem vornehm zurücknehmen und den anderen das Feld überlassen – ob aus Bescheidenheit oder Feigheit, sei dahingestellt –, dann kann man sich vorstellen, wie christlich bzw. unchristlich dieses Europa in wenigen Jahren sein wird.

### **Was bedeutet heute „antikommunistische“ Politik?**

Das Proletariat in den westlichen Staaten ist heute weitgehend verbürgerlicht und mit ihm auch der Kommunismus: Aus dem roten ist ein grüner Kommunismus geworden. Als Ersatz für das abhanden gekommene Proletariat setzen sich jetzt die zumeist gut alimentierten grünen Wohlstandskommunisten entschlossen und selbstlos für „diskriminierte Minderheiten“ ein -- wie weiland für das „entrechtete Proletariat“. Je mehr sie dabei wegen der eigenen Privilegierung das schlechte Gewissen plagt, desto radikaler werden die „Emanzipationsforderungen“. Familie ist out, Schwulsein in, Ehe nur noch in schwuler Konnotation positiv. Illegale Immigration gilt nicht mehr als Straftatbestand, sondern als Menschenrecht, und staatliche Abschiebung ist nicht mehr ein legitimer staatlicher Rechtsakt, sondern Ausdruck „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Moralisten und Tugendterroristen schwingen ihr Zepter.

Mangels eigener Tugenden profilieren sie sich moralisch vornehmlich auf Kosten anderer, denen sie „Diskriminierung“, „Rassismus“ und ähnliche schreckliche Dinge vorwerfen.

Grüne Ideologie definiert „Demokratie“ nicht mehr von den Interessen der Mehrheit her, sondern von denen von Minderheiten und gibt im Konfliktfall denen der Minderheit den Vorrang. Das ist der Kern der Antidiskriminierungsideologie: „Diskriminiert“ wird immer nur eine Minderheit, nie die Mehrheit. Die Minderheit ist immer das Opfer, die Mehrheit „Täter“, und die Opfer sind immer die Guten, die Täter die Bösen -- das haben wir schon gelernt. Die notwendige politische Konsequenz ist dann natürlich, dass die Guten über die Bösen herrschen sollen und nicht umgekehrt. Mit dieser Logik wird Demokratie als Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit ausgehöhlt und ins Gegenteil gewandelt, zu einer Herrschaft von Minderheiten über die Mehrheit. Über die Antidiskriminierungsideologie kann sich so ein zunehmend totalitärer Minderheitenlobbyismus zu einer Diktatur der Minderheiten über die Mehrheit auswachsen, siehe das Beispiel mit dem Kreuz im Klassenzimmer!

Das Ganze erinnert an die sog. „Diktatur des Proletariats“, wo auch im Namen eines Teils der Gesellschaft, nämlich des „Proletariats“, eine Diktatur über die gesamte Bevölkerung errichtet und so deren Mehrheitswille gebeugt wurde. Wie damals die Kader der kommunistischen Partei, so wähnen sich heute gewisse Ideologen auserwählt, um zu entscheiden, was ein Menschenrecht ist und wie es zu interpretieren ist. Dabei kommen sie ausnahmslos zu der Einsicht, dass Menschenrechte nur etwas für Minderheiten, aber nichts für die Mehrheit ist. Dieser grüne Kommunismus wird immer mehr auch staatlich institutionalisiert; nicht nur in Brüssel, wo er Hochkonjunktur hat und es unzählige Antidiskriminierungsexperten und -kommissionen gibt. In jedem größeren Dorf finden wir schon irgendeinen Antidiskriminierungsbeauftragten, der den ganzen Tag nichts anderes zu tun hat, als Ausschau zu halten, ob nicht irgendwo irgendwer aus einer Minderheit irgendwie diskriminiert worden sein könnte – ein modernes staatlich finanziertes rot-grünes Blockwartssystem!

Die wichtigsten konkreten Maßnahmen gegen diesen die Rechte der Mehrheit aushöhlenden politischen Minderheitenlobbyismus der Rot-Grünen wären die Einführung des Schweizer Plebiszitmodells und die Abschaffung sämtlicher „Antidiskriminierungsbeauftragten“.

### **Soziale Marktwirtschaft, Wirtschafts- und Sozialpolitik**

Auch hier hat sich die Situation im Vergleich zur Adenauer Zeit grundsätzlich gewandelt. Die Finanzeliten haben sich globalisiert, d.h. entnationalisiert. Als internationale „Investoren“ üben sie die Herrschaft über die Realwirtschaft aus, und an den Börsen schöpfen sie den Rahm der global von den Menschen dieser Welt erbrachten Wirtschaftsleistung ab, so dass für diese nur noch Magermilch übrig bleibt. Auf der anderen Seite wird vor allem der Mittelstand da, wo es ihn gibt, gerade in Deutschland, als Steuermelkkuh missbraucht, um eine gigantische Sozialtransferpolitik zu finanzieren. Angesichts rot-grüner propagandistischer Dauerberieselung verlieren immer mehr Menschen den Blick dafür, dass Gerechtigkeit nicht nur im Hinblick auf Verteilung, sondern in gleicher Weise im Hinblick auf Leistung geschaffen werden muss. Es findet eine Verabsolutierung des Prinzips *Verteilungsgerechtigkeit* gegenüber dem Prinzip *Leistungsgerechtigkeit* statt,

mithin ein Frontalangriff auf das Leistungsprinzip! Dies gilt nicht nur für den unteren Bereich der Gesellschaft, wo Asylanten inzwischen streiken, wenn sie kein Bargeld, sondern Gutscheine bekommen. Es gilt auch, vielleicht noch mehr, im „oberen“: Hier ist es selbstverständlich, dass man sich mit ein paar Devisenverschiebungen von A nach B Milliarden unter den Nagel reißt, die dann logischerweise anderswo fehlen. Alle reden zwar von Brsenregulierung, aber niemand – schon gar nicht unsere diesbezüglich so grosprecherischen Linken – wagt es, das anzugehen, was notwendig wäre: politische Maßnahmen gegen die USA, die die Schirmherrschaft über die Wall Street-Börse ausüben und damit die üblen Machenschaften der globalen Finanzeliten legitimieren und erst möglich machen. Statt die BRICS-Staaten zu unterstützen, die durch Konkurrenzprojekte im Hinblick auf Weltbank, IWF etc. das Herrschaftsmonopol der amerikanischen Wirtschaft zu brechen versuchen, werden an Europas Börsen Regulierungsmaßnahmen eingeführt, die den einzigen Effekt haben, dass sie die amerikanische Börse noch stärker machen. Darüber hinaus arbeitet man auch noch an einem Freihandelsabkommen, das die Zugriffsmöglichkeiten amerikanischer Konzerne auf europäische Staaten und Steuerzahler in unglaublicher Weise steigern würde.

Zusammengefasst wären die wichtigsten Maßnahmen einer modernen Wirtschaftspolitik, die nicht die Interessen der globalen Finanzeliten, sondern die der Weltbevölkerung vertritt:

- mehr politische und wirtschaftliche Kooperation mit den BRICS-Staaten;
- nachhaltige Stärkung des wirtschaftlichen Mittelstands, vor allem durch eine entsprechende Steuerpolitik;
- grundsätzliche Umstellung der Sozialleistungspolitik: nicht-deutsche Staatsbürger erhalten Sozialhilfe in Abhängigkeit von der Zeit, in der sie in Deutschland Sozialbeiträge geleistet haben (also kein lebenslanger Anspruch wie bei deutschen Staatsbürgern); darüber hinaus vorwiegend Sachleistungen (Gutscheine statt Geld, Altkleidersammlung etc.).

Auch die Sozialproblematik ist in diesem Sinn kein spezifisch wirtschaftspolitisches, sondern ein primär europapolitisches Problem, das vor allem in Auseinandersetzungen mit der EU gelöst werden müsste. Darüber hinaus sollte man auch den Menschen wieder klarmachen: Das Geld für die Sozialhilfe kommt nicht vom Himmel. Dafür, dass einige Geld ohne Arbeit bekommen, müssen andere umso mehr arbeiten!

### **Globalisierung, Westbindung, EU, neuer Kalter Krieg**

Wie in der Innenpolitik hat sich auch in der Außenpolitik das politische Koordinatensystem entscheidend verändert, so dass auch hier eine einfache Übernahme von bewährten konservativen Prinzipien deutscher Nachkriegspolitik nicht möglich ist. Nach dem Kalten Krieg und dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnten die US-Amerikaner 20 Jahre lang als einzige Supermacht agieren und der übrigen Welt in vielerlei Hinsicht ihren Willen aufzwingen. Dem gesamten Globus („Globalisierung“) gaben sie ihr amerikanisches Zivilisationsmodell mit seinem speziellen Verständnis von Demokratie und Menschenrechten als Leitmodell vor. In diesem Sinn wurden Kriege auf dem Balkan, in Afghanistan und im Irak angezettelt und durchgeführt, mit Zehntausenden von Toten, Hunderttausenden von Verletzten und Eigentumsgeschdigten und Millionen von Flüchtlingen! Diese Kriege haben

Gott sei Dank auch die USA geschwächt, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Irgendwann wird sich das auch militärisch manifestieren. Durch diese Schwächung und den gleichzeitigen wirtschaftlichen, politischen und auch militärischen Aufschwung der sog. Schwellenländer, insbesondere Chinas und Russlands, zeichnen sich das Ende einer allein agierenden Supermacht USA wie auch Konturen eines neuen Kalten Krieges ab. Der große Aggressor in dieser neuen Kalter-Krieg-Konstellation ist für unvoreingenommene Beobachter der Westen mit seiner Führungsmacht USA. Diese versuchen das Prinzip der Souveränität von Nationalstaaten und der außenpolitischen Nichteinmischung durch ein rein moralisch-humanitär und nicht völkerrechtlich basiertes Prinzip der Einmischung und Intervention zu ersetzen. Was freilich ein „Menschenrecht“ ist, was „humanitär“ -- das bestimmen allein die USA und ihre Regierung! Solche vermeintliche oder auch tatsächliche Verletzungen von Menschenrechten liefern dann den Anlass für sog. „humanitäre Interventionen“, wobei Verstöße gegen das Völkerrecht nicht nur in Kauf genommen, sondern ausdrücklich als legitim dargestellt werden (Kosovo, auch Irak und Libyen).

Inzwischen muss jeder, der den globalen geostrategischen Interessen der USA im Wege steht oder sich ihnen gar widersetzt, mit kriegerischen Einsätzen rechnen. Es begann mit dem ersten Irakkrieg 1990/91, es folgten das Kosovo, dann Afghanistan und der zweite Irakkrieg, schließlich Libyen. Jetzt spitzt sich der neue Kalte Krieg in Syrien und in der Ukraine zu. Auch der Konflikt mit dem Iran, derzeit auf Sparflamme, ist noch längst nicht ausgestanden.

Die amerikanische Strategie hat sich den veränderten Umständen angepasst: Zunächst direkt und auch im Alleingang eingreifend, ist man jetzt immer mehr auf indirektes Vorgehen und die Einbeziehung der Verbündeten angewiesen. Was ich meine, wird in Syrien und in der Ukraine deutlich. Es geht um die gezielte Anzettelung von Bürgerkriegen in bislang funktionierenden und relativ stabilen Staaten, in denen man über systematische finanzielle, logistische, propagandistische (Medien!) und auch militärische Hilfe (Waffenlieferungen) die bestehenden Regierungen zu destabilisieren und schließlich zu beseitigen und nach Möglichkeit durch ein prowestliches Regime zu ersetzen versucht. Wenn Letzteres nicht möglich ist, weil die Opposition entgleist und sich in der Opposition antiwestliche, oft islamistische Kräfte durchsetzen (siehe Al Kaida in Syrien), versucht man, zumindest antiwestliche Regime zu verhindern. Wenn man also die Oppositionsgeister, die man rief, nicht mehr los wird, setzt man auf Chaos. Ein solches Chaos haben wir schon im Irak, wo die Amerikaner anfangs noch ein prowestliches Regime einrichten wollten; dann in Libyen, wo man das erst gar nicht mehr versuchte; in Syrien, wo man nur noch krampfhaft einen Vorwand sucht, um ein paar Tage herumbomben zu können. So will man das bestehende Chaos aufrecht erhalten und einen Sieg Assads verhindern.

Medial wird diese völkerrechtswidrige aggressiv-interventionistische Politik der USA und des an ihnen hängenden Westens folgenderweise gerechtfertigt: Die Opposition, die es in jedem Land gibt, vom Westen zur Rebellentruppe aufgepäppelt, wird als die „Guten“ präsentiert. Die Regierung – anfangs spricht man noch von „Regierung“, später nur noch vom „Regime“ -- sind die „Bösen“, auch wenn man noch bis vor kurzem bestens mit ihnen zusammengearbeitet hat (zum Beispiel mit Gaddafi oder Assad). Auch aus einer Regierung, die, wie die ukrainische Regierung unter Janukowitsch, demokratisch von einer Mehrheit der Bevölkerung gewählt worden ist, wird in westlicher Agitation dann ein „Regime“.

Wir lernen also: Die „Opposition“ ist gut, das „Regime“ ist böse. Die Opposition geht auf die Straße, randaliert. Es kommt zu Gegenmaßnahmen der Regierung mit Opfern auf beiden Seiten. „Märtyrer“ sind natürlich nur die „Rebellen“ und nicht die Polizisten, und die Opfer werden ausschließlich dem „Regime“ angelastet. Von den Medien wird immer mehr Öl ins Feuer gegossen. Die Demonstranten in der Ukraine können z.B. Zufahrten zu Regierungsvierteln blockieren, Rathäuser und Ministerien besetzen, Molotowcocktails werfen, Polizisten in Brand stecken – in westlicher Darstellung, und dies in unglaublicher Gleichschaltung der Information, bleiben sie immer „friedliche“ Demonstranten und die „Guten“. Wenn dann in der Ukraine die demokratisch gewählte Regierung von der Straße gestürzt worden ist, werden die „Rebellen“ sofort als neue Regierung anerkannt, und die NATO erklärt, sich für die „territoriale Integrität der Ukraine“ einsetzen zu wollen – eine Kriegs- und Eroberungspolitik, die einem den Atem verschlägt.

### *Die EU repräsentiert das amerikanisierte Europa*

Und die EU? Es hieß, man wolle sich von den USA emanzipieren und von Brüssel aus als selbstständiger global player agieren. Tatsache aber ist, dass die EU fester denn je die Hilfstruppe der USA ist und sowohl politisch und wirtschaftlich wie auch militärisch von diesen am Gängelband geführt wird. Es gelingt der EU nicht nur nicht, Maßnahmen gegen die zum Teil verbrecherischen Spekulationen an der Wall Street durchzusetzen, obwohl diese die weltweite Armut dramatisch fördern. Durch neue EU-Pläne (siehe das geplante Freihandelsabkommen) soll die amerikanische Wirtschaftsmacht über Europa und seine Nationalstaaten noch weiter gestärkt werden. Politisch können es sich die USA leisten, Millionen Europäer inklusive ihrer Regierungen abzuhören und dabei auch noch auf direkte Unterstützung eines EU-Mitgliedes (Großbritannien) zurückzugreifen. Sie können die EU-Regierungen daran hindern, dem Dissidenten Snowden Asyl zu gewähren, und sie können sogar dafür sorgen, dass Diplomaten-Flugzeuge (Präsident Morales aus Bolivien) vom europäischen Luftraum heruntergeholt und durchsucht werden. Europa ist unter der Ägide der EU nicht nur nicht emanzipiert, sondern eher eine Bananenrepublik der Amerikaner!

Noch schlimmer ist die militärische Instrumentalisierung Europas durch die USA: in Libyen, Syrien, in der Ukraine – überall sind europäische Staaten an vorderster Front dabei, für amerikanische geopolitische Interessen die Kastanien aus dem Feuer zu holen und dafür auch Soldaten zu opfern.

Es besteht kein Zweifel, wo sich die EU im neuen Kalten Krieg zu positionieren gedenkt: fest an der Seite der USA, deren pseudomoralisch legitimierten, völkerrechtswidrigen Interventionismus an vorderster Front mit unterstützend -- keine Neutralität, keine „Kultur der Zurückhaltung“ mehr, schon gar keine Positionierung auf der anderen Seite. Denn man weiß ja vom letzten Kalten Krieg noch: Die Russen waren die Bösen, also müssen sie es dieses Mal auch wieder sein. Logisch, oder nicht? Für dumme Leute schon, für kluge nicht. Letztere erkennen, wenn sich, wie 1989, geopolitische Konstellationen grundsätzlich verändern, und passen ihre Strategie der neuen Situation an. Konservatismus kann hier fatal werden, wenn er bedeutet, das Bündnis mit den USA als überzeitliches Heiligtum hochzuhalten, statt sich für nicht nur moralisch, sondern auch politisch und wirtschaftlich sinnvolle neue Bündnis-Konstellationen frei zu machen, was hieße, die Bindung an die USA, die uns im übrigen erklärtermaßen als „drittklassigen“ Bündnispartner betrachten, wesentlich



zu lockern. Hier kann die AfD in besonderer Weise deutlich machen, ob sie eine reaktionär-konservative oder eine modern-konservative Partei zu sein gedenkt.

## Resümee

Bevor ich den politischen Charakter der AfD noch einmal zusammenfasse, möchte ich drei nahe liegende konkrete Fragen in den Raum stellen und beantworten:

### 1. Können Islamgläubige Mitglieder der AfD sein?

Sie können das. Wir erwarten von Ihnen aber das Bekenntnis zu einer europäischen Leitkultur, zu der der Islam nicht gehört, in der vielmehr das Christentum das wesentliche Fundament darstellt; so wie wir, wenn wir im Nahen Osten lebten, eine orientalische Leitkultur zu akzeptieren hätten, in der der Islam das Fundament darstellt.

2. Können Schwule und Lesben Mitglieder der AfD sein? Sie können das. Wir erwarten von ihnen aber, dass sie ihre Homosexualität nicht politisieren und auch nicht propagieren und schon gar nicht, dass sie in der AfD eine Anti-„Homophobie“-Politik glauben durchsetzen zu müssen.

3. Können integrierte Ausländer Mitglieder der AfD sein? Sie können das. Wir erwarten von Ihnen aber, dass sie sich in ihren politischen Forderungen an dem Wohl der Gesamtbevölkerung orientieren und nicht zu Sprechern spezieller Migrantinteressen machen. Für Migrantlobbyismus sind genügend andere Parteien wesentlich besser geeignet als die AfD.

### *Der politische Charakter der AfD*

Die zentrale Frage ist hier: Brauchen wir einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel, eine große Alternative in der deutschen Politik, oder genügt eine kleine: ein paar Retuschen in der Europapolitik, die Einhaltung der *No bail out*-Klausel und schlimmstenfalls noch das Ausscheiden einiger Staaten aus der Eurozone? -- Wie viel Alternative soll und muss es sein? Darum geht es in den innerparteilichen Auseinandersetzungen der AfD. Die einen wollen den Paradigmenwechsel, wollen viel und grundsätzliche Alternative, die anderen nur ein paar Reformen, und sehen sich ansonsten nicht als Alternative zur etablierten Politik. Bei vielen Themen huldigen sie noch mehr oder weniger dem rot-grünen Zeitgeist. Sie müssen sich freilich fragen lassen, ob wir wirklich noch eine Partei brauchen, die mehr „liberale Moslems“ in der deutschen Politik sehen will und die auch noch glaubt, ein Adoptionsrecht für schwule Ehepaare fordern zu müssen. Haben wir da mit den Grünen bis hin zu SPD und CDU nicht genügend Parteien, die sich für so etwas stark machen? Wenn einer unbedingt seinen aggressiven Laizismus loswerden will: Christian Lindner von der FDP sucht händeringend neue Mitglieder!

Die Gegensätze in der AfD lassen sich in verschiedener Weise charakterisieren: als Gegensatz zwischen *wirtschaftsliberal* und *nationalkonservativ*, als Gegensatz zwischen *pragmatisch* und *fundamental*, oft auch als Gegensatz zwischen *laizistisch* und *prochristlich*. Letzterer Gegensatz ist besonders problematisch. Käme es hier zu einer Flügelbildung -- es wäre fatal für die AfD. Ein Vogel mit einem prochristlichen und einem laizistischen Flügel würde nicht fliegen, sondern allenfalls auseinanderfliegen. Soweit ich aber sehe, handelt es sich (noch?) nicht um ein Problem, das die ganze Partei erfasst und in zwei Flügel gespalten hätte, sondern allenfalls um die Bildung einzelner Gruppen von Laizisten auf der einen und Christen auf der anderen

Seite. Die große Mehrheit der AfD will, wenn auch verschieden intensiv, eine neue Politik, die auf den drei großen konservativen Themen Familie, Religion und Nation basiert, nämlich

- mehr Familie, weniger Gender- und Schwulenkult;
- weniger Brüssel, mehr Deutschland;
- nicht mehr, sondern weniger Zuwanderung, und vor allem nicht ungesteuerte, sondern bewusst gesteuerte und gestaltete Zuwanderung;
- weniger Laizismus, mehr Religion,
- auch weniger Islam und mehr Christentum --
- also eine große Alternative und nicht eine kleine!

Ob die Parole „weniger USA und mehr Russland“ auch schon mehrheitsfähig ist, kann ich nicht einschätzen. Notwendig wäre sie allemal, wenn die AfD wirklich neue Wege gehen will!

### *Die scheinbare Paradoxie der AfD*

Die AfD sei restaurativ, ja reaktionär und gleichzeitig fortschrittlich und revolutionär – diese Paradoxie steht noch im Raum. Den Begriff „restaurativ“ habe ich schon mit Lichtenberg relativiert. Die AfD ist nicht *noch*, sondern *wieder* konservativ. Deshalb ist sie eine *moderne* konservative Partei, für die die Begriffe „restaurativ“ und „reaktionär“ nicht passen. Auch die einseitige Konnotierung des politischen Begriffs „rechts“ habe ich schon als Symptom linken Zeitgeist-Denkens dargestellt. Was aber ist mit den Begriffen „fortschrittlich“ und „revolutionär“. Kann man eine konservative Partei als „fortschrittlich“ bezeichnen? Bedeutet „Fortschritt“ nicht *Zukunfts-*, „konservativ“ dagegen „*Vergangenheitsorientiertheit*. Doch nur in linker, vor allem marxistischer Denkweise ist Fortschritt ein ausschließlich positiver Wert. Hier geht man von einem linear-evolutionären Denken aus, nach dem Entwicklung immer nur in eine Richtung stattfindet. Die Zukunft ist alles, die Vergangenheit nichts; letztere die Hölle, die Sklaverei, aus der man heraus will, erstere die Hoffnung, die Freiheit, die Erwartung des Paradieses auf Erden. Diese Fortschrittsgläubigkeit der Linken schreit förmlich nach Nietzsche: „Wir leben nicht für die Zukunft, sondern dass eine Vergangenheit bleibt“ -- auch eine einseitige Wahrheit, aber hilfreich gegen den linken Zeitgeist, um Entwicklung wieder als dialektischen Prozess aus Fortschreiten und Zurückgehen, aus Erneuern und Bewahren verstehen zu können.

Schließlich bedeutet auch der Begriff „revolutionär“ entideologisiert nur eine „grundsätzliche Veränderung“, unabhängig von politischen (rechts / links) oder moralischen (gut / schlecht) Inhalten. Um die vermeintliche Paradoxie im Wesen der AfD aufzulösen, muss man also nur die Brille des linken Zeitgeists abnehmen. Das bestehende politische Spektrum aber kann man so belassen, wie es ist. Denn alle hier üblichen Begriffe, wie „rechts“, „links“, „konservativ“, „fortschrittlich“ etc., stellen dann keine moralischen, sondern nur noch formalpolitische Kategorien dar, deren moralische Qualität von der jeweiligen Zeit abhängt. Manche Zeiten erfordern eine mehr linke, manche, wie heute, eine mehr rechte Politik – ein Konzept, das sich primär an der Mitte und Mehrheit der Gesellschaft, und nicht an deren Rändern und Minderheiten orientiert!

Literaturhinweise auf meiner Webseite [www.wgmeister.de](http://www.wgmeister.de) !